

## Gandhi am Ziel?

Der Beginn des passiven Widerstandes in Indien

Die erste Etappe der Kampagne Gandhis gegen die britische Herrschaft in Indien ist abgeschlossen: der Marsch des großen indischen Führers mit seinen Schülern zum Meer ist beendet. Der 6. April 1930 wird in der indischen Geschichte als der Tag gelten, an dem für die indische Freiheitsbewegung die erste große Prüfung seit dem Zusammenbruch der Non-Cooperation-Propaganda begann.

Die Salzgewinnung aus dem Meere als Versuch einer Durchbrechung des englischen Salzmonopols in Indien trägt einen demonstrativen Charakter. Für europäische Begriffe ist dieses Ziel des schwierigen und langen Marsches Gandhis kaum zu begreifen.



Gandhi und seine Hauptassistentin

Für die Inder aber handelt es sich dabei um eine symbolische Großtat, von deren Ausgang Indiens Zukunft abhängt.

Solange Gandhi sich bloß mit der Verbreitung seiner Ideen besaß, verhielten sich die britischen Behörden ruhig und abwartend. Jetzt aber, wo Gandhi dazu übergeht, sich gegen das Gesetz aufzulehnen, ist für den englischen Vizekönig die Zeit gekommen, das Prestige Großbritanniens zu schützen. Es wäre für die britischen Beamten in Indien höchst willkommen, hätten sie die Aktion Gandhis als harmlos betrachtet und als solche ignorieren können. Es liegt nicht im Interesse Englands, aus Gandhi einen noch größeren Märtyrer und Heiligen zu machen, als er es schon jetzt in den Augen der Inder ist. Es ist daher durchaus begreiflich, wie schwer dem Vizekönig die Entscheidung darüber fallen muß, was er nun unternehmen soll.

Gandhis Ruf zum Wiederbeginn des passiven Widerstandes war — das muß ausdrücklich betont werden — bisher von keinem durchschlagenden Erfolg begleitet. Die Aufforderung Gandhis, ihre Amtsposten aufzugeben, haben nur wenige indische Beamten befolgt. Ihre Zahl beläuft sich nach den letzten Meldungen auf etwa 80. Dabei stammen die indischen Beamten, die auf ihren Dienst verzichtet haben, fast ausnahmslos aus den Orten, die Gandhi auf seinem Marsch von seinem Bohnstüß zum Meer durchzog. Dies ist ein Beweis dafür, wie gering trotz der großen Autorität und Verehrung, die Gandhi im indischen Volk genießt, der Radius praktischer Wirksamkeit seiner Bestrebungen ist. Die Gedankengänge des Lehrers sind für die indischen Massen nicht „irdisch“ genug. Zahllose Vorurteile sozialer und religiöser Art, darunter in erster Linie Kastenvorurteile, ferner aber die ungeheure Zerplitterung Indiens — die indische Halbinsel zählt über 600 Einzelstaaten —, endlich die Abgestumpftheit und die Primitivität der breiten Volksschichten in Indien, alles das führt dazu, daß die Lehre Gandhis an der Peripherie bleibt und zahlenmäßig wenig aktive Anhänger zählt. Um jeden falschen Begriff von der Persönlichkeit und Tätigkeit Gandhis zu vermeiden, muß betont werden, daß Gandhi kein religiös-sozialer Erneuerer ist. Im Gegenteil: in vielem muß er als ausgesprochen rückwärtlich gelten. Es liegt ihm nichts an der Revolutionierung der indischen Massen. Er hat sich nie für die Sprengung der Grenzen zwischen den verschiedenen Kasten ausgesprochen. Es ist bezeichnend, daß die Parias, die niedrigste Kaste Indiens, sich gegen Gandhi auflehnten. Gandhi entspricht in vielem den russischen Intellektuellen, die es wohl verstanden, die Revolution vorzubereiten und die politischen Leidenschaften des Volkes zu entfesseln, die aber dann nicht den Mut fanden, sich zu ihren Taten bis zu Ende zu bekennen und die Folgen auf sich zu nehmen. Gandhi predigt die Gewaltlosigkeit im Kampfe gegen den mächtigen britischen Staatsapparat in Indien. Die Aufhebung des Salzmonopols ist für ihn heute die äußerste Grenze dessen, was er wagen kann. Zwar ist er sich wahrscheinlich darüber im Klaren, daß das ganze Salzbeden aus dem Meereswasser ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt ist. An den Grundpfeilern der britischen Macht in Indien wird er auf diese Weise wohl nicht rütteln können. Ansehend liegt ihm mehr daran, die indischen Massen zu beindrucken und sie auf diese Weise politisch zu wecken. Aber von da aus bis zur Befreiung Indiens vom briti-

schen Joch ist noch ein langer, leidensvoller und überaus schwerer Weg, der in keinem Vergleich zu dem Weg Gandhis zum Meere steht.

Die Wirksamkeit der jetzigen Kampfmethoden Gandhis ist also sehr zu bezweifeln. Aber Gandhi kann es sich ja leisten. Denn die Zeit arbeitet für Indien und gegen England. Nicht am Ufer des Meeres, sondern in den großen Industrie- und Handelszentren wird sich das Schicksal des britischen Weltreiches entscheiden. In Kalkutta brachen vor einigen Tagen Unruhen aus, die viele Menschenleben forderten. In Bombay hat der allindische Textilverband den Boykott englischer Stoffe proklamiert. Wilde und organisierte Streiks lodern hier und da auf. Die britischen Polizisten werden mit Steinen beworfen. Die „passive Resistenz“ beginnt allmählich sehr aktiv auszugesehen, was sich nicht nach dem Willen Gandhis ist. Die Ereignisse nehmen ihren Lauf. Gandhi ist nicht Herr über sie, er ist nur ihr Förderer. Darin besteht seine historische Mission. Er bereitet vor. Die Frage ist, ob er auch die Erfüllung bringen wird.

### Opposition gegen Gandhis Feldzug

Bombay, 5. April. Gandhi ist in Dandi angekommen, wo er den Feldzug des „zivilen Ungehorsams“ durch Herstellung von Salz am Meeresufer beginnen wird. Durch diese Handlungsweise verlegt er das Gesetz über das staatliche Salzmonopol. Unterdessen ist eine Abordnung der vor kurzem gegründeten antirevolutionären Partei in Dandi eingetroffen. Sie bewirkt, durch passiven Widerstand Gandhi davon abzuhalten.

### Aufforderung zum Generalstreik in Kalkutta

Kalkutta, 5. April. In einer unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Sen Gupta abgehaltenen Versammlung wurde ein Beschluß gefaßt, der die Arbeiterorganisationen auffordert, sich für den Generalstreik vorzubereiten.

## Die türkische Wirtschafts- und Finanzkrise

Von Dr. Artashes Aboghian

Die Türkei steht heute vor einer höchst schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage. Bekanntlich hat die türkische Regierung ihren ausländischen Gläubigern offiziell mitgeteilt, daß sie nicht instand sein werde, die nach dem Juni 1930 fälligen Raten ihrer Auslandsschulden zu decken. Daher ist sie an den Rat der Gläubiger in Paris mit einem Notatorium-Beschlag herantreten. Die Sachverständigen der Gläubiger haben auf Grund der ihnen von der Angoraer Regierung zur Verfügung gestellten Unterlagen mitgeteilt, daß diese weder ihren ausländischen noch inländischen Verpflichtungen nachkommen könne. Die Finanzlage des Landes sei ungünstiger, als man je vorher annehmen konnte. Auch die türkischen Zeitungen beurteilen die Verhältnisse pessimistisch, wenn sie auch nicht mit allen geplanten Sanierungsmahnahmen ausländischer Gläubigervertreter einverstanden zu sein scheinen. Diese Maßnahmen gehen teilweise darauf hinaus, die türkischen Finanzen einer internationalen Kontrolle zu unterziehen, wie es jahrzehntlang in der alten Türkei üblich war. Man beabsichtigt nämlich, ausländische Finanzberater aufzunehmen.

Die türkische Regierung hat auf eigene Initiative einige andere Maßnahmen getroffen. Sie sind jedoch nur palliativer Natur. Man hat in erster Linie Devisenverordnungen erlassen. Die Erwerbung ausländischer Devisen durch Privateinkäufe und Handelsinstitutionen wird danach einer strengen Kontrolle unterworfen. Auf diese Weise hofft man auch, dem Sturz der Liraenwährung einen Einhalt gebieten zu können, die in den letzten elf Jahren mehr als zwei Drittel ihres Wertes eingebüßt hat. Ferner bemüht sich die Angoraer Regierung, durch die Schaffung eines Devisenkontingents zur Lösung dieser Aufgabe beizutragen. Ihre Beteiligung am Konjunktionsfonds der inländischen Banken, die Landwirtschaftliche Bank und die „Ish Bank“ sowie die meisten Filialen ausländischer Banken bereits zugesagt haben. Im ganzen will man auf diese Weise 1 Million Pfund Sterling aufbringen. Die Hälfte davon hat die Regierung übernommen.

Die Vorkriegsschulden des Osmanischen Reiches sind kraft der Pariser Abmachung vom Juni 1928 auf 129 384 910 türkische Goldpfund festgesetzt worden. Davon beträgt der türkische Anteil 85 978 273 Goldpfund. Der Rest entfällt auf die übrigen Nachfolgestaaten und Rechtsnachfolger. Zu dem erwähnten türkischen Schuldenanteil kommen noch die für die rückgekauften anatolischen und anderen Bahnen hinzu, so daß die gesamten ausländischen Schulden der heutigen Türkei mehr als 1 Milliarde Papierpfund ausmachen (etwa 2 Milliarden Mark). Die Türkei hat sich in Paris verpflichtet, allein für ihre Vorkriegsschulden in den ersten sieben Jahren je 2 Millionen Goldpfund zu entrichten. Von 1935 an werden die Jahresraten noch steigen, bis sie 1961 3 400 000 Goldpfund erreicht haben. Die Angoraer Regierung hat also nur im ersten Jahre ihren Verpflichtungen entsprechen können und dafür etwa 9 Prozent der Gesamtausgaben des Staatshaushalts beansprucht. Diese sind für das laufende Jahr auf 22,5 Millionen Papierpfund angesetzt, ebenso hoch die Einnahmen. Ein Blick auf den türkischen Haushalt erweist nun, daß die Ausgaben

für Militärzwecke die größte Belastung darstellen: 56 Millionen Papierpfund für das Landheer, 9 Millionen für die Gendarmerie, 6,1 Millionen für das Marinewesen, 3,8 Millionen für Kriegsbauten, 4,5 Millionen für die allgemeine Sicherheit und dergl. mehr. Wenn man ferner in Betracht zieht, daß auch ein Teil von den 33,7 Millionen Türkenpfund Ausgaben für Bahnbauten zu den obigen gerechnet werden muß, da diese vorwiegend militärische Zwecke verfolgen, so kann man die Tatsache feststellen, daß die Kriegsausgaben der Türkei auch die Hälfte aller Staatseinnahmen ausmachen.

Verantwortlich für die heutige türkische Lage ist die falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Türkei ist bekanntlich ein Agrarland — 85 Prozent der Gesamtbevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Auch das übrige Leben ist mehr oder weniger von dieser abhängig. Trotz dieses Tatbestandes wird aber in der Türkei am wenigsten für die Hebung der Landwirtschaft, der Grundlage des gesamten Wirtschaftsweins, getan. Gebaut ist im ganzen nur 1 Prozent der Gesamtfläche. Die Landwirtschaft ist also das Stiefkind der Regierung. Der einflußreiche türkische Abgeordnete und Publizist Zonus Nade hat recht, wenn er die allzu bekannte Wahrheit erneut wiederholt: „Die Türkei benötigt zum ersten Hebung der Landwirtschaft, zum zweiten Landwirtschaft, zum dritten Landwirtschaft!“ Statt z. B. Getreide auszuführen, führt es die Türkei ein, und zwar jährlich für etwa 14 bis 15 Millionen Liraenpfund. Die Kultur des Tabaks, die Grundlage der türkischen Wirtschaft, geht jährlich zurück und macht allmählich der griechischen Konkurrenz Platz. Der Handel stinkt. Konstantinopel tritt als Handelshafen immer mehr vor dem griechischen Piräus zurück. Der türkische Außenhandel weist jährlich einen Fehlbetrag von etwa 50 Millionen Papierpfund auf. Die Industrie des Landes kommt wenig in Betracht.

Freilich ist dies alles teilweise darauf zurückzuführen, daß Millionen von produktiven Kräften während der Kriegsjahre vernichtet oder des Landes verwiesen worden sind (Griechen, Armenier). Will man jedoch die heutige Lage der Türkei ernstlich bessern und eine Katastrophe vermeiden, so muß man in erster Linie die Wirtschaft und vor allem die Landwirtschaft von Grund auf erneuern, andererseits aber müssen neue Wege in der türkischen Finanzpolitik eingeschlagen werden.

## Vor einer Geldverbilligung?

Die Reichsbank hat ihren Diskontsatz abermals um 0,5 Prozent auf 5 Prozent ermäßigt. Damit ist ein offizieller Zinssatz erreicht, wie ihn die deutsche Wirtschaft seit vielen Jahren nicht gehabt hat. Der Anlaß zur Ermäßigung der amtlichen Bankrate ist natürlich das Vorhandensein reichlicher Geldmengen, die nach Anlage drängen. Dagegen ist die Nachfrage nach Geld — d. h. nach kurzfristigem Geld — recht gering. Das bedeutet leider nicht, daß die verschiedenen deutschen Kreditinteressenten mit einem Schlage die Möglichkeit erhalten, langfristige Darlehen zu 5 Prozent unterzubringen. Im Gegenteil ist von einer nennenswerten Erleichterung des Anleihemarktes noch nichts zu spüren. Die mangelnde Nachfrage nach Geld erklärt sich aus der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur und aus der geringen Unternehmerfreudigkeit. Leider besteht nur wenig Aussicht, daß der Ueberfluß an kurzfristigen Geldern bald zu einer Erleichterung der Anleihebedingungen für deutsche Kreditinteressenten führen wird, und zwar deshalb, weil das Sinken der Geldsätze nicht auf eine Zunahme des Vertrauens ausländischer Finanzkreise zu Deutschlands wirtschaftlicher Zukunft zurückzuführen ist. Bekanntlich hoffen viele Kreise in Deutschland, daß mit dem Inkrafttreten der neuen Reparationslösung ein Wandel in der übertrieben hohen Zinsbelastung eintreten wird. Hierfür wird folgendes angeführt: Bisher war die sogenannte „Dawes-Anleihe“ vom Oktober 1924 für das Ausland das deutsche Standard-Papier, nach welchem die Darlehensbedingungen für weitere Kredite bemessen wurden. Die Dawes-Anleihe bringt 7 Prozent. So kam es, daß man im Ausland eine 7prozentige Verzinsung als das Mindestmaß dessen ansah, was Geldgeber von deutschen Kreditnehmern fordern könnten. Wenn es gelingen sollte, für die zunächst zu mobilisierenden 300 Millionen Dollar deutsche Reparationsschuldverschreibungen den 6prozentigen Zinssatz durchzudrücken, so könnte das die ausländischen Geldbesitzer veranlassen, ihre Zinsforderungen gegenüber Deutschland einer Revision zu unterziehen.

Es hat den Anschein, als bereite sich der internationale Geldmarkt auf die erwähnte Mobilisierung von zunächst 300 Millionen Dollar deutscher Reparationsbonds vor. Das Gläubigerland, das am stärksten an billigen Bedingungen für die erste Reparationsanleihe interessiert ist, ist Frankreich. Je niedriger nämlich die Verzinsung dieses ersten Abschnittes der deutschen Reparationsanleihe ist, desto weniger Geld braucht Frankreich von seiner Jahresrate zu opfern, um den Zinsen- und Tilgungsdienst dieser Reparationsanleihe zu leisten. Einer der wichtigsten Gründe, die bisher noch einer Senkung des deutschen Zinssatzes wenigstens bis annähernd auf den internationalen Stand verhindert haben, ist die Kapitalflucht aus Deutschland,



die gerade in den allerletzten Monaten einen erheblichen Umfang angenommen hatte. Daneben spielt aber zweifellos auch noch eine gewisse Sorge des Auslandes vor einer unbefriedigenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung mit. Regierung und Parlament in Deutschland haben in den letzten Jahren in einem solchen Maße die Zügel am Boden schleifen lassen, daß das Vertrauen auf eine rechtzeitige Meisterung der dringenden wirtschaftlichen und finanziellen Probleme im Inland und auch im Ausland stark gesunken ist. Insbesondere wird eine Senkung des Zinsniveaus davon abhängen, ob es gelingt, die gestörte Rentabilität in einer ganzen Reihe von deutschen Wirtschaftszweigen wieder herzustellen. Wenn man auch vielleicht gegen die Behauptung, daß der ausländische Geldgeber in seine Anleihebedingungen für deutsche Kreditnehmende eine „Risikostrafe“ einfolktuliert, manches einwenden kann, so kann doch kein Zweifel darüber obwalten, daß viele solide Sparer des Auslandes noch kein richtiges Vertrauen zu der deutschen Zukunft gewonnen haben und sich lieber mit einem niedrigeren Zinsertrags im eigenen Lande oder in außerdeutschen fremden Ländern begnügen.

Dr. Croll

### Haag vor dem franz. Senat

Annahme des Youngplans im französischen Senat

Paris, 6. April. Im Senat führte der rechtsstehende Senator Graf de Blois aus, seiner Meinung nach dürfte das Rheinland erst geräumt werden, wenn Deutschland seine finanziellen Verpflichtungen tatsächlich erfüllt hätte. Tardieu warf ein, daß in zehn Jahren den Alliierten 18 Milliarden gezahlt worden seien. Senator Dumont erklärte auf eine Bemerkung aus dem Hause, die Zahlungen Deutschlands vor dem Youngplan beliefen sich auf 11 Milliarden Francs, wovon 2 Milliarden vom Schatzamt einbehalten worden seien. Der französische Anteil am Youngplan werde auf 118 Milliarden geschätzt, so daß insgesamt eine Summe von 129 Milliarden herauskomme. Senator Graf de Blois behauptete weiter, daß vom Versailles Vertrag nur ein Lausitz übrig bleibe. Wenn man die Räumungspolitik betreiben wolle, hätte man bereits 1928 an die Verteidigungsorganisation der Grenzen denken müssen.

Ministerpräsident Tardieu äußerte, die Berichterstatter hätten die Kontinuität der Generationen dargelegt. Im Leben der Völker gäbe es in gewissen Augenblicken große Wellen, die sie emporhoben. In Deutschland habe Stresemann für die Sache des Friedens gearbeitet. Sein Andenken ehre er. Tardieu spricht also von der Rheinlandsbesetzung. Die Räumung sei für den 30. Juni versprochen. Ueber die Räumung gebe es kein Mißverständnis zwischen Deutschland und Frankreich. Die Truppen würden in der 2. Rheinlandszone verbleiben, bis die Ratifizierung des Youngplanes erfolgt sei, die internationale Zahlungsbank funktioniere und die Schuldverschreibungen Deutschlands dieser Welt übermitteln worden seien. Sobald letzteres geschehen sei, beginne die Räumung und werde alsdann so rasch wie möglich durchgeführt werden. Bevor aber die Räumung beginne, müsse Deutschland die vollkommene Schließung sämtlicher Verteidigungswerke durchführen. Deutschland müsse das Kristallin und nicht nur eine Scheinbare Schließung vornehmen. Wenn es nur eine Scheinbare Schließung vornehme, werde das nicht genügen. In drei Tagen werde Deutschland eine Note in diesem Sinne überreichen werden. Die Feststellungskommission sei die Kommission, die im Locarnovertrage vorgesehen sei. Durch sie und den Art. 213 des Versailles Vertrags seien alle Rechte Frankreichs gewahrt. Aber an die Stelle der Zwangsgarantien tritt auf Grund des Youngplanes eine Garantie, die aufgedaut sei auf den Interessen Deutschlands. Der Youngplan bringe übrigens den einzig möglichen Erfolg für die Aufgabe der Rheinlandsbesetzung. Frankreich sei gezwungen gewesen, mit seinen Alliierten gemeinsam den Frieden zu schließen. Ohne diese Alliierten hätte Frankreich den Krieg nicht gewonnen.

Der Senat hat die Ratifizierung des Youngplanes mit 284 gegen 8 Stimmen angenommen.

### Explosionskatastrophen

Explosion auf dem unteren Broadway

New York, 2. April. Auf dem unteren Broadway zwischen der 28. und 30. Straße erfolgte in den unterirdischen Kabelleitungen eine schwere Explosion, durch die das Straßenpflaster aufgeworfen und die anliegenden Gebäude stark erschüttert wurden. Mehrere Passanten wurden verletzt. Von der Polizei wurde sofort die Räumung aller Häuser in der Gegend der Explosion, in der auch mehrere Theater liegen, anordnet. Nach Schätzungen der Polizei wurden etwa 5000 Personen von der Räumung betroffen.

Explosion in einer amerikanischen Feuerwerksfabrik

Philadelphia, 2. April. In dem 25 Kilometer entfernten Orte Devon ereignete sich in den Anlagen der Pennsylvania Fireworks Co. eine Reihe von Explosionen. Die Explosion hat 10 Todesopfer gefordert. Außerdem wurden 80 Personen verletzt, 16 Personen werden vermisst. Etwa 35 sind allein in das tiefe Baumamm-Bolstital eingeliefert worden. Die zerstörten Anlagen der Fabrik bestanden aus fünf kleinen Gebäuden. Die Explosion, die auf viele Meilen verjährt wurde, hat großen Schaden verursacht. Der Luftdruck war so stark, daß in der unmittelbaren Umgegend des Unfallsortes Automobile einfach weggeschleudert wurden. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine gewaltige Aufregung. Die Einwohner eilten aus ihren Häusern auf die Straßen hinaus, wo sie die Luft voll Rauchwolken und Krümmern fanden. Aus zahlreichen Nachbarnorten sind Feuerwehren und Polizeikräfte zur Hilfeleistung herbeigeeilt.

Explosion auf Java

Katavia, 3. April. Wie aus Ticoe (Ost-Java) gemeldet wird, erfolgte auf einem Petroleumfeld der Batavia Petroleum Mittel der Ortschaft Galopo eine heftige Explosion, durch die 7 Arbeiter getötet und 11 schwer verletzt wurden. Die Entzündung erfolgte dadurch, daß ausgeströmte Petroleumgase mit allfälligen Steinen in Berührung kamen, die aus einem gelöschten Kessel entsetzt worden waren.

Folenschwere Explosion — Drei Arbeiter getötet

Stockholm, 3. April. In der Stadt Skelleftea erfolgte eine schwere Explosion. Aus bisher unbekannter Ursache lag ein einzelner Kanalisationsgefäß geblorner Schalter mit Acetylen- gas in die Luft. Drei Arbeiter wurden getötet, der Materialschaden ist bedeutend.

## Neue Diktatur in Polen

Das Parlament nach Hause geschickt...

Das polnische Parlament hat die größte Ohrfeige seit seinem Bestehen einstecken müssen. Im Kampf mit dem Marschall Pilsudski ist der Sejm der Unterlegene geblieben. Die neue polnische Regierung ist eine Blamage für die Sejm-mehrheit. Marschall Pilsudski hat wieder gezeigt, wie wenig er geneigt ist, den Sejm ernst zu nehmen.

Als nach dem Rücktritt der Regierung Bartel, der nach dem Mißtrauensvotum gegen den Arbeitsminister Prystor erfolgte, der Senatspräsident Szymanski mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, konnte angenommen werden, daß der polnische Diktator eine Ausöhnung mit der Sejm-mehrheit erstrebe. Aber dem Senatspräsidenten ist es nicht gelungen, eine Regierung zustande zu bringen. Dies konnte ihm auch nicht gelingen, weil Pilsudski dagegen war. Die Beauftragung Szymanskis war eine Komödie, ein Manöver, das die Sejmabgeordneten nicht durchschaute, während Szymanski seine „Bemühungen“ fortsetzte, die von Anfang an zum Mißerfolg verurteilt waren, wartete Pilsudski die kommenden Ereignisse ruhig ab.

Szymanski hat den Auftrag zur Regierungsbildung dem Staatspräsidenten in einem Augenblick zurückgegeben, in dem es Pilsudski haben wollte. Der „Mißerfolg“ Szymanskis öffnete dem Diktator den Weg zur Zertrümmerung des Sejms für absehbare Zeit und zur Bildung einer starken ultra-pilsudskistischen Regierung. Noch ein kurzes Zwischen-spiel wurde eingeschaltet, das die Vorahnung kommender Ereignisse gab. Der Bruder des Diktators, Jan Pilsudski, wurde anstelle von Szymanski zum Kandidaten für die Ministerpräsidentenschaft erklärt. Der Marschall öffnete seine Karten langsam. Er hatte keine Eile. Jan Pilsudski mußte die Lücke ausfüllen, die bis zum Schluß der gesetzlich vorgesehenen Parlamentssession blieb. Am 20. März war es so weit. Die Budgettagung des Sejms war zu Ende. Wenige Stunden vorher wurde anstelle von Jan Pilsudski der Präsident der Regierungspartei, Oberst Slawek, beauftragt — und das Wunder geschah: was Szymanski und Jan Pilsudski nicht glücken wollte, ist Oberst Slawek gelungen. Im Nu hatte Polen eine neue Regierung.

Die Zusammenlegung des Kabinetts Slawek läßt keinen Zweifel darüber, wohin Marschall Pilsudski steuert. Slawek, der führende Kopf in der Obersten-Gruppe, gehört zu den unverdächtigsten Gegnern des Sejms und zu den radikalsten Befürwortern der härtesten Diktatur. Seine nächsten Mitarbeiter in der Regierung sind ihm würdig. Da ist in erster Linie der frühere Justizminister Car zu nennen, der im Kabinett Switalski eine recht verhängnisvolle Rolle gespielt hatte und der als rücksichtsloser Bekämpfer demokratisch-parlamentarischer Freiheiten gilt. Am interessantesten ist aber die Wiederernennung des Obersten Prystor zum Arbeitsminister, desselben Obersten Prystor, der erst vor wenigen Wochen im Sejm ein Mißtrauensvotum erhielt und dadurch Anlaß zum Rücktritt der Regierung Bartel gab. Er erscheint nun auf dem alten Platz — einen höheren Hohn auf den Sejm hätte sich Marschall Pilsudski nicht ausdenken können. Pilsudski selbst bleibt nach wie vor Kriegsminister. Er hätte aber auch auf diesen Posten verzichten können — ohne seinen Willen geschieht ja in Polen nichts, wie alle Minister auch heißen mögen. Nur mit dem Sejm hat Pilsudski ab und zu seinen Zerger. Da aber jetzt das Parlament nach Hause geschickt wurde, kann Pilsudski schalten und walten, wie es ihm beliebt. Er wird dies auch im Rahmen der obersten Regierung in einer ganz unzweideutigen Weise tun. Ob allerdings der scharfe Kurs die entsetzliche wirtschaftliche Lage Polens bessern wird — und darauf kommt es doch in erster Linie an —, ist sehr fraglich. Die polnischen Finanzen sind zerrüttet. Sie werden es umso mehr sein, da Pilsudski sich vor Budgetüberschreitungen nicht scheut. Der große Kampf zwischen Pilsudski und dem Sejm ist auf weiteres abgesehen. Auch dieses Mal ist Pilsudski der Sieger geblieben.

### zum Mitteleuropäischen Binnenschiffahrtstag

Der „Mitteleuropäische Binnenschiffahrtsverband“, Berlin, taat Mitte Mai zum ersten Mal in Stuttgart. In einer Presse-berichterstattung zu der der „Südwestdeutsche Kanalverein e. V. für Rhein, Donau und Redar“ auf Freitag eingeladen hatte, leate Gombitus Schneider-Berlin vom „Mitteleuropäischen Binnenschiffahrtsverband“ dessen Bestrebungen dar. Er führte etwa folgendes aus:

In der Zeit vom 15. bis 17. Mai d. J. wird der „Mitteleuropäische Binnenschiffahrtsverband, Berlin“, in dem die maßgebenden Schiffahrts- und Kanalvereine der angeschlossenen Verbandsstaaten Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns, der Schweiz und der Tschechoslowakei zusammengeschlossen sind, in Stuttgart seinen ersten Verbandstag abhalten. Die Notwendigkeit, die seit langer Zeit erörterten Kanalprojekte zur Verbindung des Rheins und der großen norddeutschen Ströme mit der Donau wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für Deutschland, Oesterreich und Ungarn gemeinschaftlich zu bearbeiten, wurde bereits vor nunmehr 35 Jahren propagiert.

Der Geschäftsführer des Südwestdeutschen Kanalvereins, Herr Stok, sprach über das Thema: Die Bedeutung der Tagung für die südwestdeutschen Kanalpläne und für das Groß-Stuttgarter Wirtschaftsgebiet. Das Reich wird die Finanzierung der zur Zeit im Bau befindlichen Kanalprojekte auf eine andere Basis stellen, und zwar wird es die notwendigen Mittel in Zukunft auf dem Anleiheweg beschaffen. In diesem Augenblick ist es für unsere südwestdeutschen Pläne besonders wichtig, vor der breiten Öffentlichkeit den Beweis für ihre Bedeutung zu liefern. Die Tatsache, daß als Tagungsort eine Stadt gewählt wurde, die als wichtigster Hafensplatz des zukünftigen Redarkanals heute schon anzusprechen ist, beweist, daß alle an der Binnenschiffahrt interessierten Kreise Mitteleuropas das Projekt der Redarkana-

lieferung als ein wichtiges Glied des mitteleuropäischen Binnenschiffahrtsstrahlen-Netzes nicht nur ernst nehmen, sondern auch mit der baldigen Fertigstellung dieses Großschiffahrtsnetzes wenigstens bis ins Herz des württembergischen Industriegebietes herein bestimmt rechnen. Seine letzten Auswirkungsmöglichkeiten sind allerdings erst dann gegeben, wenn die Verbindung mit der Donau und deren Schiffbarmachung von Ulm bis Regensburg verwirklicht worden ist. Dann erst hat die Redarkanalarbeitung vom Rhein zur Donau ihre große mitteleuropäische Bedeutung erlangt, dann erst ist die Verbindung hergestellt zwischen den südöstlichen Anarstaaten an der Donau und dem deutschen Industriegebiet am Rhein.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Dr. Luther beim Reichspräsidenten.** Der Herr Reichspräsident empfing am Samstag den Präsidenten des Reichsbankdirektoriums, Dr. Luther.

**Hitler gegen Hugenberg.** „Der nationale Sozialist“, das Berliner Organ der Hitler-Partei, teilt mit: Als sofortige Antwort auf das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei hat der persönlich in Berlin anwesende Führer der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, noch am gleichen Tag den sofortigen Austritt aus dem Reichsausschuß vollzogen. Der Reichsausschuß hat damit zu bestehen aufgehört.

**Leipzig's neuer Oberbürgermeister.** Bei der Wahl des neuen Oberbürgermeisters für Leipzig wurden im zweiten Wahlgang abgegeben für Bürgermeister Dr. Karl Goerdeler-Königsberg 14 Stimmen, für Bürgermeister Heinrich Bis 30 Stimmen. Dr. Goerdeler ist damit zum Oberbürgermeister von Leipzig gewählt.

**Aufhebung des Haftbefehls gegen Kommerzienrat Meußdörffer.** Wie der Verteidiger des Kommerzienrats Heinrich Meußdörffer in Kulmbach Dr. Greiffenstein, mitteilt, hat der Untersuchungsrichter des Landgerichts Bayreuth den Haftbefehl aufgehoben und die Rückgabe der geleisteten Sicherheit angeordnet.

**Ausführungen freitender Eisenbahner in Bombay.** Hier kam es zu einem ersten Zusammenstoß zwischen ausländischen Eisenbahnern und Polizei, als die Ausländer versuchten, gewaltsam in den Bahnhof einzudringen. Die Polizei sah sich schließlich genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Etwa 30 Personen wurden schwer verletzt.

**Tragödie einer ledigen Mutter.** Die 30 Jahre alte ledige und stellunglose Anna Schmalz vergiftete in ihrer Wohnung in Regensburg sich und ihre drei unehelichen Kinder im Alter von 1 bis 5 Jahren mit Leuchtgas. Die Ursache sollen Nahrungsmittel gewesen sein.

**Zwei Tote bei einer Ammonial-Explosion.** Abends explodierte in dem Hause eines Schlächtermeisters in Sachsendorf bei Kottbus während der Reparatur der Kühlanlage ein Ammonialbehälter. Der Sohn des Fleischermeisters und der Monteur wurden auf der Stelle getötet.

**Eisenbahnunglück bei Toulouse.** Auf dem Bahnhof von Tessonnières unweit Toulouse ereignete sich ein schwerer Zugzusammenstoß, bei dem 28 Personen verletzt wurden. Vier der Verletzten gingen mit dem Tode. Ein Zug überfuhr ein Haltesignal.

**Ein Walfischdampfer untergegangen.** Wie Associated Press aus Santiago (Chile) meldet, ist der Walfischdampfer „Ballena“ im Orlan untergegangen. Man glaubt, daß die Mannschaft von 16 Köpfen verloren ist.

### Lotterieglied eines Pessimisten

Berlin, 6. April. Der Hauptgewinn der vor einigen Wochen gezogenen Kölner Dombau-Lotterie von 75 000 Mark war bis vor wenigen Tagen nicht abgeholt worden. Trotz aller Bemühungen des Kölner Lotteriekollektors, der das Los verkauft hatte, war der Gewinner nicht zu finden.

Nun hat sich, wie das „Tempo“ aus Köln berichtet, ein 62-jähriger Arbeiter aus einem rheinischen Städtchen, ein Vater von sieben Kindern, gemeldet, der das Los vorlegen konnte, während inzwischen 50 Personen behauptet hatten, sie hätten das Glückslos zwar gekauft, aber aus irgend eine Weise verloren. Der Arbeiter hatte sich um das gefaufte Los gar nicht mehr gekümmert in der Annahme, er würde doch nichts gewinnen.

Zufällig lag in einer Gastwirtschaft, in die er eines Tages rief, eine Gewinnliste auf, aus der er nun zu seiner Ueberzeugung feststellte, daß er schon wochenlang ein reicher Mann war, ohne es zu wissen.

### Buntes Allerlei

Negerfrauen als Nonnen

Hat man jemals etwas von schwarzen Nonnen gehört? Heute sind sie Tatsache geworden. Im belgischen Kongo arbeiten Missionare an der christlichen Aufklärung der Neger und haben mehrere Klöster eingerichtet. Schwarze junge Mädchen wurden in einer Klosterschule ausgebildet und einige von ihnen sind vor einigen Tagen Nonnen geworden. Die schwarzen Nonnen sind dann als Missionarinnen in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt. Ihre Landsleute trauten kaum ihren Augen, als sie Negerinnen, in tiefe Schleier gehüllt, vor sich sahen. Die schwarze Bevölkerung empfing die Nonnen mit großem Jubel, und es war der Kolonial-Polizei nicht leicht, die aufgeregte Menge zu beruhigen. Es ist das erstmal in der Weltgeschichte, daß Negerfrauen den Schleier genommen haben.

Millionenverluste an Gut und Blut

Deutschland zählt jährlich ca. 1 Million Betriebsunfälle in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, ca. 2 Millionen ähnliche Unfälle aller Art, ca. 500 000 Verkehrsunfälle durch Eisenbahn, Straßenbahn, Autos, Kraftwagen, Fahrräder, Tiergespanne, Fußgänger usw., ca. 30 000 Todesfälle, die auf Unfälle aller Art beruhen, d. i. ungefähr 4 Prozent aller Todesfälle eines Jahres, ca. 15 000 Selbstmorde und ca. 35 000 Brandfälle erheblichen Umfangs. Eine Tragödie, die uns jährlich 5 Milliarden Mark des besten Volkvermögens verflüchtigt. Nicht weniger als 75 Prozent all dieser Unfälle, Brände und Katastrophen sind zurückzuführen auf Leichtsinn, Fahrlässigkeit, Gewohnheit, Rücksichtslosigkeit, Denkfaulheit oder Borjak, kurzum auf Selbstverschuldung.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.  
Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Bollmer.

